

Beschluss der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Europas Kraft freisetzen - 10 Forderungen für ein starkes Europa

Der europäische Integrationsprozess ist eine Erfolgsgeschichte. Er brachte Frieden und Wohlstand in alle Teile Europas und trug dazu bei, die Spaltung des europäischen Kontinents zu überwinden. Heute ist die EU ein sicheres Zuhause für 512 Millionen Bürgerinnen und Bürger und ein weltweit anerkanntes Vorbild eines demokratischen Miteinanders.

Dennoch befindet die EU sich in einer Krise. Sie driftet zunehmend auseinander, es mangelt an Vertrauen ineinander und Verständnis füreinander. Populisten versuchen, Europa schlechtzureden. Mit dem Brexit möchte erstmals ein Land die EU verlassen. Die seit Jahrzehnten auf der europäischen Ebene bestehende „Große Koalition“ aus Konservativen und Sozialdemokraten ist im Stillstand erstarrt. Wenn mutige Reformideen für Europa in die Diskussion eingebracht werden, wie es jüngst der französische Staatspräsident Macron erneut getan hat, bekommen diese aus dem Berlin der Großen Koalition keine angemessene Antwort. Annegret Kramp-Karrenbauers Replik auf Macron ist nicht mehr als eine ideenlose Mischung aus bekannten CDU-Positionen, vagen Ankündigungen und längst beschlossenen Projekten.

Dabei ist die EU wichtiger denn je, es wird Zeit, dass wieder Aufbruchstimmung in Europa herrscht. Europa muss wieder an Innovations- und Strahlkraft gewinnen. Die Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag geht als Takt- und Ideengeber voran. Wir wollen, dass die EU wieder nach vorne kommt. Wir wollen Europas Kraft freisetzen.

Daher fordern wir:

1. Ja zu einem starken Europa mit starken Institutionen!

Wir wollen in einer auf Dauer angelegten, demokratisch organisierten Europäischen Union leben, die dezentral und bundesstaatlich verfasst ist. Um die europäische Erfolgsgeschichte fortzuschreiben und Europa noch besser zu machen fordern wir, dass das Europäische Parlament ein Initiativrecht erhält, künftig nur noch einen Standort hat und nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen gewählt wird. Die EU-Kommission wollen wir zu einer echten europäischen Regierung mit höchstens 18 Kommissaren verschlanken. Schließlich wollen wir einen europäischen Konvent bzw. eine Europakonferenz einberufen, um den Weg zu einer Europäischen Verfassung zu bereiten.

2. Ja zu einem Europa der Bürgerinnen und Bürger!

Wir wollen mehr Bürgerbeteiligung und weniger Bürokratie in der EU. Daher fordern wir mehr digitale Beteiligung, neue Diskussionsformate wie z.B. Bürgerpanels und den Abbau von Bürokratie. Wir wollen in allen nationalen Behörden in Europa Englisch als zusätzliche Verwaltungssprache einführen, damit diejenigen, die im Ausland arbeiten, sich in der jeweiligen Verwaltung gut verständigen können. Das gilt auch für Menschen, die zu uns nach Deutschland kommen: Auch deutsche Behörden sollten genügend Mitarbeiter fortbilden, damit sie kompetent auf Englisch beraten können.

3. Ja zu einem Europa der Bildung und des Aufstiegs!

Wir wollen die Bildungs- und Aufstiegschancen in der gesamten EU verbessern. Dafür wollen wir die Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit einführen, den Schüleraustausch und die Mehrsprachigkeit in der EU fördern und die gegenseitige Anerkennung schulischer Leistungen in Europa vereinfachen. Wir wollen das Erasmus+-Programm in der beruflichen Bildung ausweiten und mit Free Interrail dafür sorgen, dass Europa für junge Menschen noch leichter erfahrbar wird. Wir wollen den Vorschlag von Staatspräsident Macron für die Gründung Europäischer Universitäten aufnehmen und weiterentwickeln, unter anderem durch digitale Lehrformate wie eine European Digital University (EDU), die allen Europäern Zugang zu weltbesten Hochschullehren ermöglicht.

4. Ja zu einem Europa der Forschung und der Innovation!

Wir wollen Innovation in der EU fördern, indem wir eine Europäische Agentur für Sprunginnovationen gründen. Wir wollen europäische Digital-Freiheitszonen gründen, also grenzüberschreitende „Sonderwirtschaftszonen“, in denen durch Experimentierräume und Öffnungsklauseln günstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen für die Gründung und Ansiedlung junger, forschungsintensiver Start-ups und Unternehmen geschaffen werden. Wir wollen bessere Finanzierungsmöglichkeiten für Gründer und Start-ups bereitstellen. Und wir wollen den Austausch von Wissenschaftlern und die europäische Spitzenforschung stärker fördern.

5. Ja zu einem Europa der Werte und des Rechts!

Wir wollen, dass Europa ein Leuchtturm der Menschen- und der Bürgerrechte bleibt. Dafür fordern wir eine Aufwertung der Europäischen Grundrechteagentur mit einem Mandat zur Bewertung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten. Wir wollen wirksame Sanktionsmechanismen bei systematischen Verstößen gegen Freiheits- und Bürgerrechte bis hin zur Kürzung von EU-Mitteln. Und wir wollen unsere Demokratie und unsere

freien Wahlen schützen, indem wir die Finanzierung von politischen Parteien durch drittstaatliche Akteure unterbinden.

6. Ja zu einem sicheren und weltoffenen Europa!

Wir wollen, dass Europa eine gemeinsame Einwanderungspolitik erhält und eine wertorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik verfolgt, die steuert und ordnet. Dafür setzen wir uns für eine Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und für die Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde ein. Offene Binnengrenzen in Europa wollen wir als gelebte Freiheit erhalten. Schließlich fordern wir die Einführung eines europaweiten kriterienbasierten Punktesystems für die Einwanderung von Fachkräften. Europol wollen wir zu einem europäischen Bundeskriminalamt weiterentwickeln, damit wir den Terrorismus wirksamer bekämpfen können.

7. Ja zu einem Europa der wirtschaftlichen Dynamik!

Wir wollen, dass die Wirtschaft der EU durch eine Vollendung des Europäischen Binnenmarktes bei Digitalisierung, Energie und Kapitalmärkten sowie durch den Abschluss weiterer Freihandelsabkommen neue Dynamik erlangt. Die wirtschaftliche Konvergenz und Innovationskraft Europas wollen wir mit einer Fortsetzung des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) stärken. Die Gemeinsame Agrarpolitik wollen wir marktwirtschaftlich modernisieren und Subventionen sukzessive abbauen. Statt neue Transfersysteme zu organisieren, sollte Europa sich darauf konzentrieren, seine Wettbewerbsfähigkeit zu steigern.

8. Ja zu einem Europa solider Haushalte und einem stabilen Euro!

Wir wollen ein stabiles Europa das solide haushaltet. Dafür wollen wir das Regelwerk von Maastricht mit automatischen Sanktionen bei Defizitverfahren robuster machen und durch eine Insolvenzordnung für Staaten zusätzlich stärken. Als Ultima Ratio soll die Möglichkeit für einen Austritt aus der Eurozone geschaffen werden, die einen gleichzeitigen Verbleib in der Europäischen Union erlaubt. Wir wollen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zu einem Europäischen Währungsfonds (EWF) umbauen, der nach dem Grundsatz der Hilfe zur Selbsthilfe funktioniert. Und wir wollen eine starke und unabhängige Europäische Zentralbank erhalten. Dafür soll in Zukunft für Beschlüsse der EZB über unkonventionelle Maßnahmen wie Staatsanleihekaufprogramme eine qualifizierte Mehrheit erforderlich sein.

9. Ja zu einem Europa, das weltweit mit einer Stimme spricht!

Wir wollen, dass Europa künftig international noch mehr Gewicht erhält. Daher fordern wir eine schlagkräftige und aufeinander abgestimmte gemeinsame Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik. Wir wollen die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik zu einer echten „EU-Außenministerin“ aufwerten und einen Europäischen Sicherheitsrat unter ihrem Vorsitz gründen. Wir wollen bei der Außen- und Sicherheitspolitik vom Einstimmigkeitsprinzip abrücken und mehr Mehrheitsentscheidungen ermöglichen. Wir wollen den Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle.

10. Ja zu einem Europa, das unser Klima schützt!

Wir wollen eine europäische Energie- und Klimapolitik aus einem Guss und setzen beim Klimaschutz auf Marktwirtschaft und Innovation statt auf Verbote. Dafür fordern wir eine Ausweitung des EU-Emissionshandels auf weitere Sektoren und einen schnellen Einstieg in ein effektives weltweites Emissionshandelssystem. Die Energiewende sollte als ein gesamteuropäisches Projekt begriffen und durch eine Liberalisierung des Energiebinnenmarktes und den Ausbau transeuropäischer Netze befördert werden. Die EU muss künftig eine gemeinsame europäische Energieaußenpolitik verfolgen.

Ansprechpartner:

Alexander Graf Lambsdorff MdB, stellvertretender FDP-Fraktionsvorsitzender
Telefon: 030 227 - 78360 – E-Mail: alexander.graflambsdorff@bundestag.de